

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Silbergasse.

Telegraphen-Adresse: Postfach 101, Halle a. S.

Inserionsgebühren ...

Inserate für die fällige Nummer ...

Eingetragen in die Verzeichnisse ...

Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 114.

Freitag den 17. Mai 1895.

6. Jahrg.

Wähler-Kreislauf.

93. Sitzung vom 15. Mai 1. Abg.

Erste Beratung des vom Abgeordneten eingebrachten Gesetzes, betreffend die Abänderung des Reichswahlgesetzes...

Abg. Richter (frei. Vereinig.): Der Antrag ist in seinem wesentlichen Teile bereits in der letzten Session durch die drei Lesungen an erledigt worden...

Abg. v. Buchta (kon.): Herr Richter hat meiner Partei vorgemerkt, daß es sich um ein Reichswahlgesetz handelt...

halten. Der Reichstag hat die Mittel in der Hand zu erzwingen, daß der Reichswahlgesetzliche Wahltag zur Ausführung bringe...

Staatssekretär v. Döttcher: Die Ansichtung des Vordrucks, als ob der Reichswahlgesetzliche Wahltag zur Ausführung bringe...

Abg. Richter (frei. Vereinig.) erklärt sich gern bereit, Verbesserungen seines Antrages zu acceptieren...

Abg. Graf Vinberg-Sturum (kon.): Es ist einmütig nicht richtig, daß der Reichswahlgesetzliche Wahltag zur Ausführung bringe...

Abg. v. Buchta (kon.) stellt nochmals in Abrede, daß die Konventionen das Reichswahlgesetz anzuheben wollten...

Abg. v. Bismarck (Anti.) erklärt sich bereit, Verbesserungen seines Antrages zu acceptieren...

Abg. v. Engel (frei. Volksp.): Ich bewundere die Geschäftlichkeit, mit der Sie jetzt umgehen...

Abg. v. Bismarck (Anti.): Auf die Behauptung, daß ich nicht glaube, was ich hier ansehe...

Abg. v. Engel (frei. Volksp.): Ich bewundere die Geschäftlichkeit, mit der Sie jetzt umgehen...

Moderne Sklavensjäger. Roman v. D. Ester.

Handlung der Geschichte: Schauernd verhielt Walde ihr Antlitz. Doch dann begann sie ihre Schwänche und fuhren fort: 'Nein, nein, ich will nicht wieder schwach werden...'

Handlung der Geschichte (fortgesetzt): Schöne ein Ende zu machen. Wenn er aber dann wieder das blasse, gestirnte Antlitz Waldes vor sich sah, ersetzte ihm aufs neue ein mahlreicher Hohn gegen sein Wandern...

Handlung der Geschichte (weiter): 'Wahrheit, ich bitte dich... Ich weiß, was ich will! Das wußte Dein Vater nicht...'

Abg. Siebermann sich darauf berief, daß nur zwei Sozialdemokraten mehr als 50 Prozent der Wählerstimmen bekommen hätten, so wird er, wenn er das beste Beispiel bei den anderen Parteien macht, finden, wie wenige dort mehr als 50 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt haben.

Nach einer kurzen Erwiderung des Abg. Siebermann von Gauenberg schied die Sitzung.

Nach einem Schlußwort des Abg. Richter folgte sofort die zweite Beratung.

Während in der Abstimmung über (§ 6) wüßte Abg. v. Kardorff (freilich) das Wort zur Geschäftsordnung.

Vizepräsident Schmidt-Eberfeld verzweigt ihm das Beste, da das Haus sich mitten in der Abstimmung befindet. Nichtsdestoweniger will Abg. v. Kardorff wiederholt: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung (Allgemeine Heiterkeit) und erklärt, als ihm das Wort verweigert wird: „Ich protestiere gegen die Abstimmung.“

Die Abstimmung des § 6 des Wahlgesetzes im Sinne des Antrags Richter wird darauf angenommen gegen die Stimmen der Konservativen und Reichspartei.

Kammer erwidert wieder und erhält Abg. v. Kardorff das Wort zur Geschäftsordnung und erklärt, daß er rechtzeitig seine Meinung beim Schriftführer abgegeben habe, deren Zweck gewesen sei, die Beschäftigbarkeit des Hauses zu beweisen.

Vizepräsident Schmidt-Eberfeld macht darauf aufmerksam, daß die Beschäftigbarkeit nur beweist werden kann anlässlich einer Abstimmung.

Abg. v. Kardorff: Dann beantrage ich die Vertagung. (Heiterkeit.)

Vizepräsident Schmidt-Eberfeld stellt die Unterhaltungsfrage. Die Unterhaltung reicht nicht aus. (Heiterkeit.)

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Dr. Gammacher (natlich), daß ein Vertagungsantrag der Unterhaltung nicht bedürfe. (Große Heiterkeit rechts.)

Vizepräsident Schmidt-Eberfeld läßt durch den Schriftführer Verab das § 3 der Geschäftsordnung verlesen, in dem es heißt: Anträge auf Vertagung sowie auf Schluß der Debatte bedürfen der Unterhaltung. (Abhaltende Heiterkeit links.)

Es folgt nunmehr die Beratung über die Änderung des § 10 des Wahlgesetzes. Eine Wortmeldung zur Diskussion liegt nicht vor. Vor der Abstimmung erklärt

Abg. v. Kardorff: Für den Fall der Abstimmung bezweifle ich die Beschäftigbarkeit des Hauses.

Das Bureau läßt sich dem Zweck an. Daraufhin wird die Abstimmung vorgenommen. Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von nur 161 Mitgliedern. Das Haus ist demnach nicht beschäftigt. (Schoners schwand nach die Wand; der Reden keine.) Die Sitzung wird demnach abgebrochen werden.

Nächste Sitzung Donnerstag 14 Uhr: Gesetzentwürfe betr. Reichsbesitz der Bundesstaaten, betr. Keitengesetz für Militärpersonen, betr. Invalidentenbes; Nachtragsanträge; Justizreform-Votagelei.

Schluß 3<sup>1</sup> Uhr.

### Tagesgeschichte.

Ueber den Schluß der Reichstagsession, der, nachdem die zwei wichtigsten Vorlagen mit Dampfgeschwindigkeit in der Papierform bedruckt worden sind, nicht lange mehr auf sich warten lassen kann, verläutet nach übereinstimmenden Meldungen, daß derselbe entweder noch Ende dieser Woche oder längstens Mitte nächster Woche (vor dem Himmelfest) erfolgen werde. Es sollen noch die Brandsteuer- und die Zuckernotgesetz, nicht mehr aber das von den Agrariern eingebrachte Margarine-Gesetz erledigt werden.

Die **Kampfbereit** der bürgerlichen Parteien, die mit dem Fortgang der Umföhrarbeiten immer lustiger wurde, nimmt auch jetzt, nachdem das Scheitern abgehoben worden ist, ihren Fortgang. Jetzt treten sich die Leuten dar, wer die Schuld trägt an dem jüammerlichen Ausgang des so süß unternommenen Feldzuges gegen den Umföhr und — die Kultur. Darin sind alle ohne Ausnahme einig, daß in erster Linie die Schwere der Niederlage auf der Regierung lastet. Daneben aber möchte sich die eine Seite wie die andere reinnommen von der Verantwortung, der Regierung zu dieser Niederlage verfallen zu haben. Die „nationalen“ Blätter möchten die Hauptblamage dem Zentrum auflassen; sie können aber damit die Thatlage nicht aus der Welt schaffen, daß sie, die Nationalliberalen und sonstigen Mittelparteien, den ganzen Kummel ursprünglich in sich geerntet haben und nun auch die Riesenblamage gemeinsam mit der Regierung tragen müssen.

**Tausend Rüstungen!** Das konservativste Blätterblatt Das Volk schreibt, von Weiltlichen seien ihm zahlreiche Kundgebungen gegen die Umföhrvorlage zugegangen. Der furchtbare Druck, der sich auf anderen Gebieten des öffentlichen Lebens bemerkbar mache, lasse auch auf einer großen Anzahl von Freigedern der christlichen Weltanschauung.

Durch tausend Rüstungen gebunden, können sie nicht um die Volksseele ringen, wie es nötig wäre. Ihre Haltung läßt sie als Diener der herrschenden Klassen erscheinen, und dieser Umstand trägt mit dazu bei, die Gemüter des Volkes aufnahmefähig zu machen für die Forderungen der Freunde des Christentums. — Ja, ja, die tausend Rüstungen! Die werden wirklich genommen! Man weiß es ja, wie die Weiltlichen in la Raumann und Öhre, die es deutlich bekunden wollen, daß sie nicht „Diener der herrschenden Klassen“ seien, dafür von den „Ordnungsstiftern“ verehrt werden! So will es der Interessentendruck gewisser reichlicher Grob-Industrieller! Außerdem giebt es zahlreiche Privatpatronate in den Händen des Zentrums. Hier mögen manche Geistliche ihre Abhängigkeit von einer der herrschenden Klassen als besonders drückend empfinden. Damit allein ist aber nicht geholfen. Inzwischen verliert die „durch tausend Rüstungen gebundene“ Weiltliche immer mehr Boden im Volk und ihr Geschieht damit recht.

**Eine Verdröppelung der Korvulle** für fernwärts eingeschicktes Protogelbe ist von dem Silbermann Kardorff in der Kammer Kommission beantragt worden für den Fall der Ablehnung des Antrags Kammer. Nur immer so weiter!

**Die Polizei und das Realisationsrecht.** In der Preussischen Schlußfabrik in Dönarick wird kürzlich Differenzen vorgekommen, welche auch in Verhandlungen besprochen wurden. Wie die Sache weiter verläuft, beizet folgender Entlassungsschein an:

Wir bezeichnen dem Widder P. B. daß dieser seit dem 27. April 1894 bis dato bei und in Arbeit geblieben hat, kann aber von uns wegen grober Verleumdung, die er in öffentlicher sozialdemokratischer Versammlung über seinen Arbeitgeber ausgesprochen hat, sofort ohne Abmündung auf polizeiliches Anraten entlassen ist.

Dönarick, den 22. April 1895.

Wahrscheinlich will die Polizei es sich nicht nehmen lassen, aus eignen Mitteln dem Ranne den Lebensunterhalt zu gemähren.

**Schärfliche Vereinsfreiheit.** Durch Erlaß der Amtshauptmannschaft Freiberg ist der Allgemeine Knappschäts-

lassenvereinerverein für das Bergrevier Freiberg ebenfalls der Auflösung verfallen. Die Begründung des Auflösungsbeschlusses lautet wörtlich wie diejenige der Amtshauptmannschaft Chemnitz, womit diese Ende März den Knappschätsvereinerverein für Lugau und Umgegend verbot. Diese Begründung äpfelte darin, daß es ein unbefugter Eingriff in die Zuständigkeit der Rassen und Genossenschaftsorgane sei, wenn sich Vereine die Förderung der Zimmessen solcher Rassen anlegen sein lassen.

**Der deutsche Kaiser und die Kunst.** Der Vorwärts schreibt: „Die nunmehr verschundene Sterne des Wintergartens (die fünf Londoner Tingeltangel-Sängerinnen, deren jüngste mit einem Grafen Bernstorff durchgebrannt war, sind gemeint), die wohl auch jedem, der sie nicht gesehen hat, durch die Photographien bekannt sind, welche sie in mehr oder weniger obflönen Situationen darstellen, leuchten befanntlich zur Zeit am Hamburger Himmel. Unser dortiges Parteiorgan berichtet, daß die verehrten Damen jetzt auch den Namen des deutschen Kaisers zu ihren Reklamezwecken benutzen. Die bürgerlichen Blätter der ephorären Hanfschicht bringen nämlich folgendes Interat: „Five sisters Barrison. . . Neue Nummer: Das Dieb von der Kap und dem Schatz. Diese Nummer ward unlängst in Berlin gelegentlich einer Amateurvorstellung vor Sr. Majestät dem Kaiser von fünf Gardeoffizieren als Barrisontopie zu Schöb gebracht.“ — Wenn unter solchen Umständen die „Kunst“ nicht geblüht, dann verdient sie zu Grunde zu gehen.

**Nicht an den Rücktritt denkt der Staatsfretler Dr. Wöitrich, wenn man der Kontr. Allg. Ztg. Glauben schenken darf.**

**Aufrichtig.** Von dem kürzlich verstorbenen Generaloberst v. Pape wird folgende Anekdote erzählt: Als der General das im Berliner Zeughaus befindliche große Gemälde, welches den Sturm auf St. Privat darstellt, zum erstenmal betrachtete und sich selbst im Vordergrund der stürmenden Truppen sah, sagte er zu seiner Begleitlichkeit: „Das Bild entspricht doch wohl nicht ganz der Wirklichkeit, denn wenn ich thatschälich dort vorn gestanden hätte, wäre ich heute feinesfalls in der Lage, mir hier das Bild selber anzusehen, denn von da hätten mich die Franzosen förtlich weggepusht!“ — Wenn fallen dabei nicht die „Gemälde“ ein, welche den „Geldengreis“ im Granatfeuer von Gravelotte z. zeigen?

**Ueber einen Militärexkurs** berichtet man aus Niederweiler. Der Fuhrunternehmer Messing wurde auf der Straße zwischen Böhli und Saarburg von einem Artilleriekommandanten, der er beleidigt haben soll, durch einen Säbelhieb schwer verwundet. Der Hieb drang bis aufs Gehirn, und es bedarf aller ärztlichen Kräfte, um den Verwundeten am Leben zu erhalten.

**Den Staatsfretschreier** sagt die Böfliche Zeitung folgendes: Wer das Reichstagsrecht durch einen Staatsfretschreier beiseitigen will, giebt den Regierungen und den Wöllern das Recht, auf demselben Wege das Kaiserium der Hohenzollern zu beiseitigen. — Der stimmt.

**Kaltes Blut ist Trumpf!** Die Leipziger Volkszeitung schreibt: Hodgepannt sind die Spannungszustände der sozialen und politischen Atmosphäre, und die Feinde der Freiheit werden nichts unterlassen, was die Waffen herausfordern könnte. Die Sozialdemokratie wird sich nicht provozieren lassen, wird sie doch auf legalem Wege „dick und fett“.

### Ansland.

**Rußland** schiebt beträchtliche Truppenmassen nach Ojasten vor und schiebt sich an, die foranischen Höfen zu besetzen. Das kam Ursache zu neuen Verwickelungen werden.

**Aus Serbien** wird eine neue Verengungsgelände gemeldet. Der König befragte die Gemeindegemeindevolle, wodurch die Regierung ermächtigt wird, in „unbotmäßigen“ Gemeinden die selbständige Gemeindevverwaltung aufzuheben und einen Regierungskommissar einzusetzen.

### Jur Arbeitererzung.

**Aufruf an die Arbeiter aller Länder.** In der Schweiz, dem Jura entlang, führen die Uhrenfabrikanten in den Gemeinden Grenchen, Bettlach und Langendorf, Kanton Solothurn, ein Schredenregiment über ihre Arbeiter und Arbeiterinnen.

Wohnbühne sind seit Jahren an der Tagesordnung. Es giebt Uhrenfabriken, in denen der Durchschnittslohn eines Arbeiters 2 Fr. pro Tag nicht übersteigt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der weltberühmten schweizerischen Uhrenindustrie sind auf das Niedrige herabgefallen, bei dem eine Verminderung der Löhne nicht mehr denkbar ist.

Mit einem alle menschlichen Begriffe übersteigenden Hohn und prozigen Uebermut setzen die dortigen Uhrenfabrikanten 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen mit zusammen 1200 Kindern aus Pfaffen. Um die Weitejägeri ungebänderten betreiben zu können, sollten die Arbeiterorganisationen begrenzt werden. Nicht nur dieses Ziel hatten die Herren Fabrikanten im Auge, sondern auch noch das weitere, durch die Vernichtung der Arbeiterorganisationen die Hoheburg der Sozialdemokratie des Kantons Solothurn, welche die größten Erfolge in der Schweiz aufzuweisen hat, in ihrem inneren Wesen zu erschüttern.

Was wir glauben, daß es nur in monarchischen Staaten vorkommt, ist mit unanständiger Frechheit und Brutalität von Fabrikanten der Alpenrepublik verübt worden.

Schon seit sechs Wochen dauert die von Raubtiergeiz diktierte Zustand. Mit der Fingergewalt sollen die Ausgebeerten derart dreifert werden, daß sie sich auf Gnade und Ungnade diesen modernen Sklavenhölzern ergeben sollen.

Trotzdem die Ausgebeerten mit Blut und Ausdauer ihr Geduld tragen, ist doch die Not unter denselben groß. Was die Opferwilligkeit und Solidarität der schweizerischen Arbeiterchaft zu leisten im Stande ist, wird gegen, um den Ausgehändigen die Notlage lindern zu helfen. Bei den außerordentlich großen Umfang des Streites, nach dem Maßstabe der kleinen Schweiz gemessen, ist es der organisierten schweizerischen Arbeiterchaft auf die Länge der Zeit unmöglich, den Ausgebeerten die so nötige Hilfe leisten zu können.

Gewiß ist es Aufgabe der Arbeiter aller Nationen, daß sie den bedrängten Uhrenarbeitern und Uhrenarbeiterinnen ihre Hilfe angedeihen lassen.

Wir kommen deshalb mit der Bitte an Euch, den notleidenden Genossen der Uhrenindustrie in der Schweiz Eure Hilfe angedeihen zu lassen.

**Genossen!** Wäge dieser Aufruf ein thatschäliches Echo in Euren Herzen wachrufen. Wir glauben hoffen zu dürfen, daß Ihr, im Hinblick auf die bereitwillige Opferwilligkeit, welche die Schweizer Genossen in politischen und gewerkschaftlichen Beziehungen den Genossen

des Auslandes schon öfters erwiesen haben, die Mächten der internationalen Solidarität gegenüber der Schweizergewerkschaften erfüllen werden.

Haben sich an die Redaktion dieser Zeitung zu veranlassen, welche hierüber quittieren und sie dem zuständigen Komitee übermitteln wird.

Paris, den 10. Mai 1895.

Das Komitee des Schweiz. Gewerkschaftsbundes

**Richard Wauer!** Günstliche Wauer von Ehrlich und Langend (bei Nordhausen) sind in Aufstand getreten. Die Wauer der umliegenden Ortschaften haben sich mit ihnen solidarisch erklärt. Es handelt sich um eine Verhinderung von 30 Fr. von dem in der letzten Höhe fünf traugliche Ungerelichte. Die Wauer wollen von auswärts Wauer herziehen. Werde keiner an den Kollegen von Ehrlich zum Verzärtel!

Die Zimmerer bei dem Baunternehmer A. Busch in Wauer haben die Arbeit niedergelegt, da ihnen der übliche Lohn nicht bezahlt wurde. August ist fernabzuhalten.

Die Steinmetzen Wauer ersuchen ihre auswärtigen Kollegen, bei der Firma Berch u. Komp. keine Arbeit anzunehmen, da die Firma den vereinbarten Tarif nicht Stundenlohn nicht bezahlt.

Die Arbeiter in Wieselbach befinden sich im Aufstand. Derselben erhielten bisher einen Tagelohn von 3.50 M. und müßten dafür so lange arbeiten, als das Tageslohn es gestattete. Ihre Forderung ist nunmehr 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden Arbeitszeit und ein Stundenlohn von 40 Pf. für die Daghedregelein. 30 Wauer sind die Arbeitsleute. Die Zahl der Streikenden beträgt etwa 30; August ist fernabzuhalten.

### lokales und Provinzielles.

Callé a. L., 16 Mai

**Eine aufgelöste Studenten- und Professoren-Versammlung** in Wauer, amnestisch etwas, was bisher in Deutschland noch nicht zu den allfälligen Ereignissen gehörte. In Halle ist's vorgefallen zur Tat geworden. Die sozialwissenschaftliche Vereinigung hatte nach dem Rotenballe eine Versammlung ihrer Mitglieder und geladener Gäste einberufen, in der Prof. Meyer, wie wir bereits berichteten, über den wirtschaftlichen Niedergang des römischen Kaiserreichs referierte. Man hatte geglaubt, da die unbedeutsame Öffentlichkeit ausgeschlossen ist, unterliege die Anmeldung der Versammlung nicht den vereinsgesetzlichen Bestimmungen. Doch hatte man vorforschungsweise, wie berichtet wird, die politische Verhältnisse zur Zusammenkunft erbeten. (?) Da nur — wie die Polizei sagt — diese Anmeldung nicht rechtzeitig, also nicht mindestens 24 Stunden vor der Versammlung eingereicht worden ist, oder ob ein anderer Fehler vorlag, darum, als am Dienstag aber die Versammlungsbesucher in harter Zahl erschienen, wurden sie von einer Abteilung von Politischen empfangen, welche ihnen eröffnete, daß die Versammlung nicht stattfinden dürfe. Nach einigen erklärenden Worten des Professor Diehl gingen die Erschienenen, Studenten und Professoren, wieder aus, indem sie die Kriminalwachmeister. Später die Versammlung.

Die Versammlung soll nur nächsten Montag stattfinden. So ist denn unter Vorbehaltung vom Montag, auch die sozialwissenschaftlichen Studenten könnten die Säuglings des Vereinsgesetzes so folgen bekommen, sehr schnell in Erfüllung gegangen. Im übrigen schienen auf beiden Seiten gleicher gemacht worden zu sein. Die meisten der dortigen Versammlung, die Professoren, die aufzuföhren, die garricht hatgekommen, wird wohl immerdar sein kriminalkommissarisches Geheimnis bleiben, in dessen Tiefe andre Sterbliche nicht einbringen vermögen. Sächlich ist aber auch, wenn seitens der Veranstalter der Verömmung um die Verhältnisse der Versammlung derselben gegeben worden ist, giebt's nichts zu bitten und nichts zu erlangen. Die Versammlung ist in der gebührenden Form rechtzeitig anzumelden, die Polizei hat die Anmeldung zu beschleunigen und damit basta. Jedemfalls befinden sich die Herren Studenten im Irrtum, wenn sie meinen, die heranzie Versammlung würde nicht die der politischen Beaufichtigung. In diesem Punkte ist die Polizei völlig in ihrem Rechte. Und wenn Herr Prof. Diehl an dem Abend zu den Versammelten gesprochen hat, so kann er dafür nach neuerdeutscher Unterthanenfreiheit bestraft werden, auch wenn er's noch so gut gemeint hat. Darauf vertheilen wir uns besser, als selbst die gestorenen, wie wir glauben, das dort man schon glauben. Wir geben den Herren einen guten Rat, wie sie sich gegen jede unerwartete Beschäftigung sichern können: Es wird in der vorgezeichneten Form eine öffentliche Versammlung angemeldet. Dann kann kommen wer will, und die Polizei hat nichts mehr zu sagen. Und dann werden sich die angehenden und vollendeten Gelehrten recht ungenügend und gemächlich in der Debatte mit den erscheinenden Arbeitern, Handwerkern und Beamten aus. Die Versammlung nimmt dann einen für alle Teile angenehmen, anregenden Verlauf, dem sozialwissenschaftlichen Zweck der Versammlung kann wohl Rechnung getragen werden, und die Polizei bestmögliche keine Arbeit. Das ist unser Verhoff, Probatum est!

**Wie sich in manchen Köpfen die Welt malt!** Das konservativste Blatt unserer Stadt schreibt, wohl in Abdruck eines offiziellen Wochenscheitels: „Dieser Reichstag hat sozial gethan, sich in den Augen der Nation zu disirebilitieren, daß es fast eine Verdingung an Deutschland gewesen wäre, hätte man ihm durch Vertagung ein künstliches Prestige schaffen wollen. Die Pflichttreue und Pflichterfüllung der Abgeordneten bewege sich auf der Höhe ihrer politischen Unfruchtbarkeit.“ — Das ist kostbar! Demnach wird das Wort seinen Leuten wohl beweisen, daß die Regierung durch Ablehnung der Umföhrvorlage einen großen Sieg errungen habe.

**Zur Bürgergeldfrage.** Wedomals ist es ausdrücklich herorgehoben, daß alle die, welche ihrem Einkommen zufolge nicht gepändert werden dürfen, wenn sie die 3 M. Bürgergeld nicht bezahlen, doch in jedem Augenblicke später den Betrag abführen können und ihrer Teilnahme an der Stabvorbereitungsmaßnahme kein Hindernis in den Weg gelegt werden darf. Nur muß die Bezahlung erfolgen vor dem Ablauf der Vorbereitungen.

**Der Streit** zwischen dem Magistrat und der Universität betreffs Heranziehung der letzteren zur Kommunalsteuer auf das Jahr 1891/92 ist durch eine Einigung zwischen den streitenden Parteien gelöst worden. Die Kosten des Streites sind nach einer Entscheidung des Bezirksausschusses zu Viertheilung zu 1/2 von der Universität, zu 1/2 von der Stadt zu tragen. Der Wert des Streitobjekts ist auf 3240 M. festgesetzt worden.

**Mit wechselndem Erfolge** führt der frühere städtische Feuerwehmann Herr Bernede seinen Prozeß gegen die Stadt auf Lösung einer Unfallrente. Das stige Landgericht sprach dem Bernede die Berechtigung seiner Forderung zu, und die Stadt sollte vom 12. Dezember 1891 ab dem Kläger 300 M. jährlich zahlen. Das Oberlandesgericht hat dagegen entschieden, daß Bernede, der im November 1891 bei einem Brande sich einen Leistenbruch zuzog und deshalb aus dem Feuerwehndienst entlassen wurde, abzuweisen ist, weil eine ordnungsgemäße Bestimmung aus dem Jahre 1883 den städtischen Angestellten verbietet, in einem Falle, wie dem vorliegenden, den Rechtsweg gegen den Magistrat zu beschreiten. Bernede wird Revision einlegen.



